

## **Generalstaatsanwalt weist Kritik an Pfarrer-Razzia zurück**

**DNN online /dpa 19.08.2011**

Dresden/Jena. Nach der umstrittenen Razzia beim Jenaer Pfarrer Lothar König sieht Sachsens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann keinen Anlass zur Kritik. In einem Offenen Brief an Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) schilderte Fleischmann im Auftrag der sächsischen Regierung am Freitag Gründe für das Handeln der Justizbehörden. Inzwischen sieht aber selbst die CDU im Landtag von Sachsen Aufklärungsbedarf. „Es ist eine klare Darstellung von FDP-Justizminister Jürgen Martens zu den Abläufen notwendig“, sagte der Parlamentarier Marko Schiemann der dpa in Dresden. Das erwarte er von der Sondersitzung des Landtagsausschusses für Verfassung und Recht am Dienstag kommender Woche.

„Das Durcheinander muss endlich aufhören“, erklärte Schiemann mit Blick auf unterschiedliche Angaben zu dem Vorfall. Inhaltlich wollte er die Aktion der sächsischen Polizei in Thüringen nicht bewerten. „Dazu weiß ich zu wenig darüber.“ Er Sorge sich jedoch angesichts der Debatten um das gute Verhältnis zum Nachbarland.

Gegen König wird wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und „aufwieglerischen Landfriedensbruchs“ ermittelt. Er soll bei Demonstrationen gegen Neonazis am 19. Februar in Dresden zu Gewalt angestachelt haben. Damals waren auch mehr als 100 Polizisten verletzt worden. König weist die Anschuldigungen zurück. Bei der Razzia in seiner Dienstwohnung waren am 10. August neben einem Kleinbus auch der Computer und Schriftstücke des Geistlichen beschlagnahmt worden. Dies hatte in Kirchenkreisen Unmut ausgelöst.

Seit Tagen gibt es Streit, ob Thüringens Behörden ausreichend über die Durchsuchung informiert worden waren. Das Innenministerium in Erfurt erklärte, nicht im Bilde gewesen zu sein. Nach Darstellung des sächsischen Generalstaatsanwaltes waren die Thüringer Behörden „sowohl auf polizeilicher als auch auf staatsanwaltschaftlicher Ebene“ rechtzeitig informiert.

Jenas Oberbürgermeister Schröter hatte am Donnerstag in einem Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) Kritik am Vorgehen der Behörden geübt. Fleischmann beantwortete das Schreiben stellvertretend, da sich Tillich wegen der Gewaltenteilung nicht selber zu dem Fall äußern wollte. „Der Rechtsstaat muss auch die Ausübung des Versammlungsrechts durch Extremisten hinnehmen und diese letztlich notfalls durch die Polizei schützen“, verteidigte Fleischmann die polizeiliche Absicherung der richterlich genehmigten Neonazi-Aufmärsche am 19. Februar in Dresden.

Der Generalstaatsanwalt machte geltend, dass auch unter „umgekehrten Vorzeichen“ der Schutz vor Störungen einer Demonstration eingefordert werden könne. „Gerade durch die gebotene Neutralität und Unvoreingenommenheit der Strafverfolgungsbehörden wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsordnung und letztlich in die Demokratie gestärkt.“

Vertreter von Bündnissen gegen Rechtsextremismus hatten sich dagegen wiederholt darüber beschwert, dass die sächsische Justiz vor allem die Gegendemonstranten ins Visier nahm. Gegen führende Politiker der Linken wird sogar Anklage wegen

Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erwogen. Sie hatten sich bereits 2010 in Blockaden gegen die alljährlichen Neonazi-Aufmärsche im Februar in Dresden eingereiht.

## **CDU-Fraktionschef verteidigt Polizei in der Handy-Affäre**

**SZ 19.08.2011**

Dresden. Im Streit um das massenhafte Sammeln von Handydaten bei Protesten gegen Neonazis erhält die Polizei Rückendeckung der CDU. Sachsens Fraktionschef Steffen Rath betonte im SZ-Interview, ihm seien keine Gesetzesverstöße der Ermittler bekannt. Zugleich warf er FDP-Justizminister Martens Versäumnisse vor. Er hätte „Abläufe und Handlungen der Ermittlungen besser erklären sollen.

Derweil hat Jenaer OB Albrecht Schröter (SPD) das Vorgehen sächsischer Behörden im Fall des Jenaer Pfarrers König kritisiert. Die Razzia in dessen Wohnung führe zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie, schrieb er. Regierungssprecher Tillich Flath verteidigte hingegen in dem Gespräch die Durchsuchungsaktion als demokratisch.

### **„Wer so denkt, will die Anarchie“**

**SZ 19.08.2011**

*Herr Flath, Justiz und Polizei stehen wegen ihrer Ermittlungen nach den Ausschreitungen am 19. Februar in Dresden gewaltig unter Druck. Ist die Kritik an ihrer Arbeit gerechtfertigt?*

Nein. Jeder erwartet, dass die Polizei nach schweren Straftaten wie zum Beispiel am 19. Februar in Dresden oder beim Anschlag auf eine Bundeswehrkaserne vor zwei Jahren etwas unternimmt. Man stelle sich vor, die Polizei würde nicht handeln. Ich kann doch nicht danach urteilen, ob mir die Täter politisch näher stehen oder nicht. Wer so denkt, gefährdet die Demokratie und arbeitet auf eine Anarchie hin – ganz nach dem Motto, wenn nur das Ziel ein Gutes ist, ist alles erlaubt. Das kann doch kein rechtsstaatlicher Grundsatz sein. Ich erwarte auch von der Opposition, dass sie darüber nachdenkt, was der Demokratie schadet und was nicht. Wer polizeiliche Ermittlungsarbeit kriminalisiert, wie es die Opposition tut, darf sich nicht wundern, dass Gewaltausbrüche gegenüber Vertretern des staatlichen Gewaltmonopols zunehmen.

*Sie meinen die Angriffe auf Beamte während eines Auftritts von Innenminister Markus Ulbig?*

Ja. Auch Oppositionspolitiker tragen dafür Verantwortung, dass das Grundvertrauen in die Gewaltenteilung nicht erschüttert wird. Doch mit ihrer unerträglichen Verbalradikalisierung machen sie das Gegenteil. Sie zündeln, statt zu löschen.“

*Dürfen die Ermittlungsbehörden Handy-Daten erheben, wenn die Gefahr besteht, dass auch Tausende unschuldige Bürger mit erfasst werden?*

Mir ist bisher nichts bekannt geworden, was Recht und Gesetz verletzen würde. Der Begriff der Verhältnismäßigkeit soll jetzt enger definiert werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber wenn die Polizei für unsere Sicherheit garantieren soll, kann es nicht in unserem Interesse sein, ihr alle Instrumente aus der Hand zu schlagen, und sei es dadurch, dass man die Polizei und ihre Arbeit kriminalisiert. Ich habe mich sehr gewundert, als die Opposition während der Vorbereitungen auf die Demonstrationen von sogenannten Polizeibeobachtungsteams gesprochen hat. Wurde die Polizei damit nicht schon im Vorfeld als Feind aufgebaut, um die Diskussionen führen zu können, die jetzt stattfinden?

*Kritiker befürchten, mit den Ermittlungen würden Bürger, die sich gegen Rechtsextremisten engagieren, kriminalisiert. Ist an diesem Vorwurf etwas dran?*

Soweit ich das als CDU-Fraktionsvorsitzender beurteilen kann, ist das völlig abwegig. Das würde ja bedeuten, die Regierung steuere die Ereignisse. Das würde doch einen Aufschrei der Staatsanwälte in diesem Land nach sich ziehen. Es ist natürlich Aufgabe der Opposition, möglichem Fehlverhalten nachzugehen. Aber muss sie sich nicht etwas mehr Zeit dafür lassen? Nach der Durchsuchung bei dem Thüringer Jugendpfarrer hat sie schon nach zehn Minuten eine Bewertung abgegeben. Das betrifft aber auch andere. Ich weiß auch nicht, was eine Landesbischöfin dazu veranlasst, noch am Tag der Durchsuchung eine Gefahr für das Beichtgeheimnis zu vermuten. Was wäre denn gewesen, wenn der Pfarrer verdächtigt worden wäre, ein Auto gestohlen oder einen Unfall verursacht zu haben? Dann hätten alle eine rasche Aufklärung gefordert. So zu tun, als wären wir eine scheindemokratische Republik wie Russland, schadet Sachsen insgesamt. Offenbar rechnet die Opposition gar nicht mehr damit, dieses Land einmal zu regieren. Sonst würde sie es nicht so beschädigen.

*Wie beurteilen Sie das Krisenmanagement der Regierung und Ihrer eigenen Fraktion?*

Es wirken alle ein wenig gehemmt, um nicht den Eindruck zu erwecken, Politik würde sich in staatsanwaltschaftliche Ermittlungsarbeit einmischen. In Wirklichkeit weiß niemand von uns etwas über die Einzelheiten der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft, und wir dürfen auch nichts wissen. Das ist Sache der Staatsanwaltschaft. Es wäre allerdings nötig gewesen, die Abläufe und Handlungen besser zu erklären. Der Justizminister darf sich nicht in die Arbeit der Justiz einmischen. Aber er hätte für uns alle einordnen können, was bei solchen Ermittlungen üblich ist und was nicht. Kaum jemand von uns hat sich je damit beschäftigt, was eine Funkzellenabfrage ist und wie sie zu bewerten ist.

*Müssen Sitzblockaden strafrechtlich verfolgt werden?*

Proteste in Hör- und Sichtweite der Rechtsextremisten halte ich für korrekt, aber Sitzblockaden bei genehmigten Demonstrationen sind kein erlaubtes Mittel. Wenn ich für die CDU eine Versammlung anmelde, wäre ich auch nicht bereit, eine Blockade zu akzeptieren. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Jeder will es für sich in Anspruch nehmen, deshalb muss es geschützt werden. Die Polizei zu kriminalisieren oder sie dem Verdacht auszusetzen, den Rechtsextremen zuzuneigen – das schwingt immer ein wenig mit – ist eine fatale Entwicklung. Auch ein Oppositionspolitiker hat in dieser Situation die Aufgabe, die Polizei zu stärken.

*Die Staatsanwaltschaft ermittelt immer noch gegen André Hahn, den Fraktionschef der Linkspartei, wegen der Sitzblockaden im Februar 2010. Werden die CDU-Abgeordneten für die Aufhebung der Immunität Hahns stimmen?*

Davon gehe ich aus. Es ist nicht Aufgabe von Abgeordneten, die rechtliche Bewertung der Staatsanwaltschaft durch die eigene zu ersetzen. Die Immunität dient historisch gesehen dem Schutz der Arbeitsfähigkeit des Parlaments, mehr nicht.

Gespräch: Karin Schlottmann

## **Jenas Oberbürgermeister kritisiert sächsische Razzia - Tillich reagiert nicht auf offenen Brief**

**DNN 19.08.2011**

Dresden. Die sächsische Durchsuchungsaktion beim Thüringer Pfarrer Lothar König bleibt weiter umstritten. Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) kritisierte die Razzia in einem gestern verbreiteten Offenen Brief an Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). In dem Schreiben spricht er von einem Schaden im "mitteldeutschen Binnenverhältnis". Außerdem schüchterten solche Aktionen jene ein, die sich gegen Nazis engagierten. Zudem zog Schröter mit dem Verweis auf seine Biografie als DDR-Bürgerrechtler die Rechtsstaatlichkeit der Razzia in Zweifel.

Als Reaktion der Staatsregierung leitete Staatskanzleichef Johannes Beermann (CDU) den an Tillich gerichteten Brief an die sächsische Generalstaatsanwaltschaft weiter. "Nach meinem Verständnis gebietet es der Grundsatz der Gewaltenteilung, dass der Offene Brief von Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann beantwortet wird, weil darin das Vorgehen der Ermittlungsbehörden in einem offenen Verfahren kritisiert wird", teilte Beermann in einem Schreiben an Justizminister Jürgen Martens (FDP) mit. Mit der Übergabe an die Staatsanwaltschaft ist auch klargestellt, dass Tillich weder auf den Brief reagieren, noch die darin ausgesprochene Einladung nach Jena zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion annehmen wird.

## **Offener Brief: Jenas OB greift Sachsen an**

**Morgenpost 19.08.2011**

JENA/DRESDEN -Weiter Streit um die Razzia beim Jenaer Pfarrer Lothar König: Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) hat in einem offenen Brief an Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) das Vorgehen der Ermittler scharf kritisiert. Die Empörung In der Staatskanzlei ist groß hieß es aus Regierungskreisen. Die Razzia habe zusammen mit der massenhaften Speicherung von Handydaten zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie geführt. „Ich frage mich seitdem bei jedem Gespräch (...), was ich sagen möchte und was nicht. Diese Schere im Kopf hatte ich zum letzten Mal in der Zeit der DDR-Diktatur,“ Der OB, selbst im Februar in Dresden dabei, unterstellt dem Justizminister sogar indirekt, die Staatsanwaltschaft zu beeinflussen. Er sprach von einem „Schaden im mitteldeutschen Binnenverhältnis. „Der Grundsatz der Gewaltenteilung gebietet, dass

Brief von der zuständigen Stelle, der Generalstaatsanwaltschaft, beantwortet wird, so Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz knapp – mehr wollte er nicht sagen... mor

## **Razzia-Zoff Brief aus Jena an MP Tillich**

**Bild Dresden 19.08.2011**

Dresden — Der Streit um die Razzia beim Jenaer Pfarrer Lothar KönIg (56, BILD berichtete) geht weiter. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Stanislaw Tillich (52, CDU) kritisiert Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (56, SPD) das Vorgehen sächsischer Behörden. Er spricht vom „möglichen Effekt der Einschüchterung“ von Menschen, die gegen Neonazis demonstrieren. Der Pfarrer soll am 19. Februar in Dresden zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben.

## **Stadtchef lädt Tillich zur Diskussion**

**Freie Presse 19.8.2011**

Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) hat Sachsens Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) zu einer Bürgerdiskussion nach Jena eingeladen- Anlass dafür seien Verunsicherungen im Zusammenhang mit der Hausdurchsuchung beim Stadtjugendpfarrer Lothar König durch sächsische Polizeibeamte am 10. August, teilte Schröter in einem offenen Brief mit. Diese Aktion, von der Thüringens Innenminister nicht informiert worden sei und die Jenaer Polizei erst kurz vor der Durchsuchung erfahren habe, wecke bei vielen engagierten Jenaern Zorn und Empörung. (te)

## **Demonstranten brachten Minister Ulbig in Bedrängnis**

**SZ online/Chemnitzer Morgenpost 18.08.2011**

*Mit „Ulbig, Ulbig wir sind da - Querulanten Mafia“ wurde der Innenminister gestern gegen 18.30 Uhr vor der Bienertmühle von etwa 50 Demonstranten aus Jena und Dresden begrüßt, die auf Initiative der Jungen Gemeinde-Stadtmitte (Jena) gegen die Durchsuchungen bei Jugendpfarrer Lothar König demonstrierten.*

Dresden. „Ulbig stieg aus dem Auto und schaute sich die Transparente an. Einer seiner Bodyguards drückte sofort aggressiv die Leute weg - leider“, so Demonstrant Anton (23), der die nicht angemeldete „Spontandemo“ mitorganisiert hat. Er schloss nicht aus, dass Ulbig eigentlich gesprächsbereit gewesen wäre.

„Der Minister wollte mit den Menschen reden, die aber hatten kein Interesse“, so Ministeriumssprecher Lothar Hofner. „Die haben nur gegrölt, wollten Krawall machen“, beschwerte sich CDU-Politiker Lars Rohwer. Die Situation eskalierte: Es folgte ein kurzes Gerangel, Ulbigs Personenschützer bahnten ihrem Schützling den Weg ins Gebäude und riefen die Polizei. Die Demonstranten stoben auseinander. „Ich bedaure, mit den Menschen nicht ins Gespräch gekommen zu sein“, so Ulbig.

Vielleicht klappt es ein anderes Mal mit dem Gespräch, denn: „Wir machen weiter“, so Anton. „Wir prüfen, ob ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorliegt“, so Polizeisprecher Thomas Geithner. (am)

## **Parolen gegen Innenminister Ulbig in Dresden-Plauen am Dienstag**

**DNN online 18.08.2011**

Dresden. In Dresden-Plauen vor der Bienertmühle haben rund 60 Demonstranten am Dienstagabend Innenminister Markus Ulbig (CDU) verbal angegriffen. Anlass der Demo war die Durchsuchungsaktion der Polizei beim Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König in der vergangenen Woche.

Er habe mit den Demonstranten reden wollen, so der Minister auf DNN-Anfrage. "Allerdings bin ich enttäuscht, wenn ich das Gespräch mit den Demonstranten suche, man mir aber nur lautstark Parolen an den Kopf wirft." Die Organisatoren der Demonstration, die Initiativegruppe „Sachsens Demokratie“ bestreiten dieses Vorgehen. „Herr Ulbig hat vor Ort nicht direkt auf Fragen reagiert“, teilte Josephine Fischer mit.

„Wir versprechen uns von solchen Aktionen in erster Linie Aufmerksamkeit auf das skandalöse Vorgehen der sächsischen Ermittlungsbehörden herzustellen,“ erklärt Fischer den Hintergrund der Aktion. Rangeleien, in die auch die Personenschützer Ulbigs verwickelt waren, gingen glimpflich aus.

## **Parolen gegen Innenminister Ulbig**

**DNN 18.9.11**

In Plauen vor der Bienertmühle haben rund 60 Demonstranten am Dienstagabend Innenminister Markus Ulbig (CDU) verbal angegriffen. Anlass der Demo war die Durchsuchungsaktion der Polizei beim Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König in der vergangenen Woche. Er habe mit den Demonstranten reden wollen, so der Minister auf DNN-Anfrage. "Allerdings bin ich enttäuscht, wenn ich das Gespräch mit den Demonstranten suche, man mir aber nur lautstark Parolen an den Kopf wirft." Rangeleien, in die auch die Personenschützer Ulbigs verwickelt waren, gingen glimpflich aus.

## **Streit um Razzia in Thüringen geht weiter**

**SZ online /DNN online 18.8.2011**

*Der Streit um die Razzia beim Jenaer Pfarrer Lothar König geht weiter. Der Polizeieinsatz im Nachbarland Thüringen brachte Sachsens Ermittlern nicht nur beschlagnahmtes Material, sondern auch reichlich Ärger. Nun protestiert der OB der Thüringer Universitätsstadt.*

Jena. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat Jenas

Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) das Vorgehen sächsischer Behörden im Fall des Pfarrers Lothar König kritisiert. Die Razzia in Königs Wohnung habe zusammen mit der vorherigen massenhaften Speicherung von Handydaten zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie geführt, heißt es in dem Schreiben. Schröter sprach vom „möglichen Effekt der Einschüchterung“ von Menschen, die gegen Rechtsextremismus demonstrierten.

Sächsische Beamte hatten am Mittwoch vergangener Woche die Wohnung Königs durchsucht. Sie werfen ihm vor, bei der von Krawallen begleiteten Kundgebung gegen Neonazis in Dresden zu Angriffen auf Polizisten aufgerufen zu haben.

Umstritten ist zwischen sächsischen und thüringischen Behörden, welche Informationen und Absprachen es im Vorfeld tatsächlich gegeben hatte. Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) hatte sich kritisch über das Vorgehen geäußert, was sein sächsischer Amtskollege Jürgen Martens (FDP) zurückwies. Die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), Ilse Junkermann, hatte sich „bestürzt“ über das Vorgehen der Polizei geäußert und es als „skandalös“ bezeichnet.

Bei der Aktion war unter anderem auch ein Kleintransporter beschlagnahmt worden, von dem aus König nach Ansicht sächsischer Ermittler bei den Ausschreitungen im Februar zu Steinwürfen gegen Polizisten aufgerufen haben soll. Der Pfarrer, der unter anderem die „Junge Gemeinde Stadtmitte“ betreut, bestreitet die Vorwürfe. Jena Oberbürgermeister schrieb, dass der Staat natürlich das Recht habe, mögliche Straftaten aufzuklären. Es gehe aber um das „Signal, das viele engagierte Bürger in der Vorgehensweise der sächsischen Staatsanwaltschaft zu erkennen glauben“. Ihr hätte klar sein müssen, wie brisant der Einsatz im Nachbarland nach der Datenaffäre sein musste. Schröter sprach von einem „Schaden im mitteldeutschen Binnenverhältnis“.

Der Oberbürgermeister, früher selber Pfarrer, lud Tillich zu einer Diskussionsrunde in Jena ein, bei der es vor allem um die Haltung der Politik zu zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus gehen sollte. (dpa)

## **Die Zeit drängt - nur noch 6 Monate bis zum nächsten 13. Februar Polizeichef Kroll will es besser machen als sein Vorgänger / Konzept bleibt unverändert / Neue Überlegungen zur Trennung von Demonstranten**

**DNN 18.8.2011** von C. Springer

Heute in sechs Monaten ist der 18. Februar 2012. Dieser Tag ist ein Sonnabend. Es könnte der Tag werden, an dem der neue Dresdner Polizeichef Dieter Kroll vor seiner schwersten Aufgabe steht. Denn es ist der erste Wochenendtag nach dem 13. Februar 2012 und damit das passende Datum für neue Naziaufmärsche und Gegenkundgebungen in der sächsischen Landeshauptstadt. Der Tag könnte das Pendant werden zum 19. Februar 2011, an dem in der Südvorstadt Rechte eine Kundgebung veranstalten wollten und von Gegendemonstranten gestoppt wurden. Parallel dazu gab es schwere Krawalle, bei denen Polizisten mit Steinen, Molotow-Cocktails und Eisenstangen angegriffen wurden.

Kroll wird im nächsten Jahr zum ersten Mal die Februar-Polizeieinsätze in Dresden

leiten. Tausende Beamte, Pferde- und Hundestaffeln, Wasserwerfer, Räumpanzer und Hubschrauber muss er dann dirigieren und wird dabei ständig unter Beobachtung stehen. Denn dieser Einsatz ist eine Gratwanderung, bei der der Einsatzchef der Polizei immer wieder darüber nachdenken muss, ob seine Entscheidungen angemessen sind, ob die Aktivitäten der Polizei dem Geschehen entsprechen.

Sie taten es nicht, sind Kritiker der Polizeieinsätze in den vergangenen Jahren überzeugt. 2010 monierten vor allem die Rechten die Polizeiarbeit, schließlich saßen sie am Bahnhof Neustadt fest. Ex-Polizeipräsident Dieter Hanitsch musste des halb vor Gericht erscheinen, die Kläger bekamen in erster Instanz Recht. Hanitsch musste sich von den Richtern sagen lassen, dass er nicht genug getan hat, um die Vorstellungen der Nazis durchzusetzen. In diesem Jahr sind es bisher vor allem die Gegner der Rechten, die die Polizeieinsätze und deren Aufarbeitung kritisieren, Hanitsch musste seinen Hut nehmen.

Kroll will noch abwarten, bevor er sich auf eine Taktik für den Februar 2012 festlegt. „Am Ende des ganzen Theaters sind Schlussfolgerungen zu ziehen, und zwar dahingehend, dass man manches handwerklich besser machen kann“, gab er am Montag zu Protokoll. Das „Theater“, von dem er sprach, ist die Auseinandersetzung um die Demos und die Krawalle im Februar 2011. Und man kann es besser machen, als die Polizei unter Leitung des inzwischen abgesetzten Polizeipräsidenten Dieter Hanitsch, gab er zu verstehen.

Fehler schließt aber auch der neue Polizeichef nicht aus: „Was war und wie es war und welche Schlussfolgerungen man ziehen kann, weiß man hinterher erst genau“, sagte Kroll. Das Polizeikonzept müsse aber nicht geändert werden. Die Polizei müsse das Versammlungsrecht durchsetzen, so der neue Polizeipräsident. Die Gerichte hätten den Beamten eine „Denksportaufgabe“ für einen anderen Umgang mit dem so genannten Trennungskonzept gegeben. Im Klartext: Die Elbe hat als Linie zwischen den Fronten ausgedient, Kundgebungen von Nazis und deren Gegnern in Sicht- und Hörweite zueinander müssen möglich sein.

Wie das alles in Dresden umgesetzt werden kann, will sich Kroll in den nächsten Wochen und Monaten über legen. Ein halbes Jahr hat er dafür noch. Aus seiner Sicht ist das genug Zeit, aus Dresdner Sicht wird der nächste 13. Februar schneller da sein, als ihm lieb sein kann.

## **„Die Justiz versteckt sich“**

**Sachsens neuer Chef der Polizeigewerkschaft wehrt sich gegen Vorwürfe bei Funkzellenabfrage und Razzia in Jena**

**DNN/LVZ 18.8.2011**

Dresden (DNN). Für Sachsens Gewerkschaft der Polizei (Gd.P) stehen die Polizeibeamten derzeit zu Unrecht am Pranger. Die Verantwortung für umstrittene Funkzellenabfragen oder die Razzia bei einem Jenaer Pfarrer trage vorrangig die Justiz, sagt der neue Landeschef Hagen Husgen.

*Frage: Rund ein Jahr sind Sie nun im Amt. Seitdem scheint es etwas ruhiger geworden zu sein rund um Sachsens Polizei. Liegt das an Ihnen?*



Hagen Husgen: Der Eindruck täuscht. Sicher bin ich ein anderer Mensch als mein Vorgänger Matthias Kubitz und habe deshalb auch einen anderen Stil. Aber eins stimmt mit Sicherheit nicht: Ruhe ist bei weitem nicht eingekehrt unter den Kollegen. Im Gegenteil, die Stimmung ist so angespannt wie noch nie.

*Woran liegt's? Am gestrichenen Weihnachtsgeld?*

Das ärgert mich schon gewaltig. Dabei ahnt mittlerweile auch die Politik, dass sie hier einen Fehler gemacht hat. Denn es besteht derzeit kein Geldmangel in Sachsen. Trotzdem wurde dies so beschlossen. Und jetzt hat man gemerkt, dass das ein Schnellschuss war, der nach hinten losgegangen ist.

*Fällt das Innenminister Markus Ulbig auf die Füße?*

Der Innenminister ist nur einer der Beteiligten, aber eben nicht der Einzige. Erbat es nicht allein entschieden; schließlich gilt es für alle Beamten in Sachsen.

*Unabhängig davon liegt bei der Polizei einiges im Argen. Die Neuorganisation ist beschlossen, wie sie aus sieht, weiß keiner; die Beamten müssen Überstunden machen, wegen der Fußballrandale gibt es Wochenendeinsätze im Dutzend. Was sagen Sie Herrn Ulbig?*

Dass der Stellenabbau ein Riesenproblem ist. Man spricht immer von 2441 plus, das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn seit der Wende haben wir einen Abbau von über 4000 Stellen zu verkraften, davon spricht aber keiner. Damit fällt jeder vierte Polizist im Freistaat weg. Wer sich heute die Krankenstatistik anschaut, sieht die Folgen dieser Politik: Jeden Tag sind 1500 Beamte krank; es fehlt an alle Ecken und Enden. Und das wird auch In Zukunft kaum besser. Die Belastungsgrenze der Kollegen ist schon jetzt überschritten.

*Die CDU/FDP-Koalition verweist stets auf den Bevölkerungsschwund und bricht diesen dann rechnerisch runter auf die Polizei ...*

Mathematik ist sicher eine interessante Wissenschaft; sie bringt uns aber keine Sicherheit. Denn das Land schrumpft ja nicht mit der Bevölkerung - und die Probleme schon gar nicht.

*Markus Ulbig hat den Ansatz nur geerbt, trotzdem setzt er ihn nun durch ...*

Und genau das nehme ich ihm übel.

*Seit Monaten hagelt es Kritik wegen des Vorgehens rund um den Neonazi-Aufmarsch im Februar. Ist eine groß angelegte Funkzellenabfrage wie in Dresden ermittlungstaktisch der richtige Weg?*

Die Abfrage ist ein sinnvolles Mittel, wenn es darum geht. Straftäter dingfest zu machen. Und die gab es in Dresden. Hier müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die rechtsstaatlich geboten erscheinen.

*Das aber bezweifeln die Kritiker Sie sagen, es werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen, die Bürgerrechte kämen zu kurz.*

Es muss in der Tat zuvor eine Güterabwägung stattfinden. Diese aber ist nicht nur Sache der Polizei, sondern vorrangig der Justiz. Wir haben Gewaltenteilung in Deutschland, und deshalb kann die Exekutive eben nicht machen, was sie will. Das Vorgehen muss vom Richter angeordnet werden; der Polizeibeamte vollzieht es dann. Die Verantwortung liegt damit ganz allein beim Richter. Und das gilt vor allem auch für die Frage nach der Recht- und Verhältnismäßigkeit.

*In der Öffentlichkeit hat sich aber ein anderer Eindruck festgesetzt. Demnach trägt die Polizei die Verantwortung. Was halten Sie von dieser Debatte?*

Die geht vollkommen in die falsche Richtung. Das ärgert uns als Gewerkschaft sehr: Stets gilt die Polizei als der Schuldige, während sich die Justiz im Schützengraben versteckt und nicht mal versucht, den Kopf herauszustrecken, damit sie bloß kein Schuss trifft.

*Gilt das auch im Fall der Razzia beim Pfarrer Lothar König aus Jena?*

Da ist es genau dasselbe. Die Justiz hat das Vorgehen angeordnet; die Polizeibeamten haben verantwortungsbewusst ihre Arbeit gemacht, wie es ihnen vom Gesetz vorgeschrieben ist. Und nun wird ihnen der schwarze Peter zugeschoben. Das geht so nicht.

*Wer trägt die politische Verantwortung?*

Die liegt weniger beim Innenminister als bei Justizminister Jürgen Martens. Doch die Justiz versteckt sich nur allzu gern hinter der Polizei. Hier bedarf es mehr Kommunikation zwischen den Ressorts. Ich fordere vom Innenminister, dass die Verantwortungsträger auch ein mal beim Namen genannt werden — auch wenn es weh tut.

## **Angriff auf den Innenminister**

**SZ 18.8.2011**

Dresden. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) ist in Dresden von 60 Demonstranten attackiert worden. Nach Angaben der Polizei harte sich die Gruppe von zum Teil Vermummten am Dienstagabend gegen 18.30 Uhr unangemeldet an der Bienertnühle in Plauen versammelt, wo der Minister an einer Gesprächsrunde teilnehmen wollte. Als er eintraf, protestierten sie zunächst lautstark gegen die Durchsuchungen bei einem Jenaer Pfarrer im Zusammenhang mit der Datenaffäre um den 19. Februar.

Der Minister habe vergeblich versucht, mit den Demonstranten ins Gespräch zu kommen, sagte Ministeriumssprecherin Jana Kindt. Als er in das Gebäude gehen wollte, versuchten Demonstranten ihn anzugreifen. Seine drei Bodyguards konnten die Attacken abwehren, ein Personenschützer wurde laut Ministerium dabei verletzt. Der Minister blieb unverletzt. Als die Polizei eintraf waren die Demonstranten verschwunden. (SZfdek)

## **Verdacht gegen Pfarrer unbegründet?**

**Bild Dresden 18.08.2011**

Dresden - Der Verdacht gegen den Jenaer Pfarrer Lothar König (56) wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung konnte bisher nicht erhärtet werden, so die Dresdner Staatsanwaltschaft. Sie ermittelt gegen ihn auch wegen aufwieglerischen Landfriedensbruchs. Er soll am 19. Februar in Dresden zu Gewalttaten gegen Polizisten aufgerufen haben (BILD berichtete).

## **Demonstranten gehen auf Ulbig los**

**Bild Dresden 18.08.2011**

Am Dienstag geriet Sachsens Innenminister in eine Rangelei. Er war bei Sommergespräch des CDU-Landtagsabgeordneten Lars Rohwer (39) geladen, doch der Weg dorthin wurde ihm durch etwa 30 linke Demonstranten versperrt. Mit großen Bannern brachten diese ihren Unmut über den Einsatz der sächsischen Polizei beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König zum Ausdruck. Nur mithilfe seines Sicherheitsmannes kam Ulbig durch die aufgebrauchte Menge.

## **Attacke auf Innenminister Ulbig**

**Freie Presse 18.08.2011**

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) ist am Dienstagabend am Rande einer CDU-Veranstaltung in Dresden von Demonstranten angegriffen worden. Der Minister bestätigte gestern der Freien Presse, dass ihm nicht nur die Zufahrt und der Weg in den Veranstaltungsraum versperrt wurden, sondern dass es auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren und seinen Personenschützern kam. Etwa 30 Leute waren Augenzeugen des Vorfalls. Die Aktion stand offenbar im Zusammenhang mit der Durchsuchung der Wohnung eines Jugendpfarrers in Jena. Diesem wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, bei einer Demonstration am 19. Februar gegen Naziaufmärsche zur Gewalt gegen die Polizei aufgerufen zu haben. Die Razzia der sächsischen Polizei in Thüringen ist umstritten und wird von linken Gruppen als überzogen kritisiert. (gt)

## **Demonstranten brachten Minister Ulbig in Bedrängnis**

**Morgenpost 18.08.2011**

*DRESDEN-Mit „Ulbig, Ulbig wir sind da - Querulanten Mafia“ wurde der Innenminister gestern gegen 18.30 Uhr vor der Bienertmühle von etwa 50 Demonstranten aus Jena und Dresden begrüßt, die auf Initiative der Jungen GemeindeStadtmitte (Jena) gegen die Durchsuchungen bei Jugendpfarrer Lothar König demonstrierten.*

„Ulbig stieg aus dem Auto und schaute sich die Transparente an. Einer seiner

Bodyguards drückte sofort aggressiv die Leute weg – leider“, so Demonstrant Anton (23), der die nicht angemeldete „Spontandemo“ mitorganisiert hat. Er schloss nicht aus, dass Ulbig eigentlich gesprächsbereit gewesen wäre. „Der Minister wollte mit den Menschen reden, die aber hatten kein Interesse“, so Ministeriumssprecher Lothar Hofner. „Die haben nur gegrölt, wollten Krawall machen“, beschwerte sich CDU-Politiker Lars Rohwer. Die Situation eskalierte: Es folgte ein kurzes Gerangel, Ulbigs Personenschützer bahnten ihrem Schützling den Weg ins Gebäude und riefen die Polizei. Die Demonstranten stoben auseinander. „Ich bedaure, mit den Menschen nicht ins Gespräch gekommen zu sein“, so Ulbig. Vielleicht klappt es ein anderes Mal mit dem Gespräch, denn: „Wir machen weiter“, so Anton. Wir prüfen, ob ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorliegt“, so Polizeisprecher Thomas Geithner. am

## **,19.02.‘: Minister verteidigt Razzia - Staatsanwalt macht Rückzieher**

**SZ online /Morgenpost 17.08.2011**

*Weiter Debatte um die Razzia sächsischer Polizisten beim Jenaer Pfarrer Lothar König (60): Justizminister Jürgen Martens (FDP) stellte klar, dass Thüringer Behörden korrekt über den Einsatz informiert wurden. Derweil gab es beim Amtsgericht Dresden eine Panne - gegen Königs Tochter gibt es doch keine Vorermittlungen.*

Dresden. „Die Behörden in Thüringen wurden frühzeitig und umfassend informiert“, so Martens. Sein Thüringer Amtskollege Holger Poppenhäger (SPD) hatte zuvor Informationsdefizite beklagt. Laut Innenministerium gab es die erste Info an Thüringen bereits am 7. Juli - Beamte der Dresdner Soko waren beim Thüringer Staatsschutz. Anfang August gab es einen telefonischen Austausch auf Arbeitsebene, am 10. August, dem Tag der Razzia, sei das Lagezentrum um 5.30 Uhr informiert worden, um 7.18 Uhr die Polizei Jena. Die Linke sieht trotzdem rechtliche Grundsätze verletzt.

Wie berichtet, wird gegen König wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und „aufwieglerischen Landfriedensbruchs“ ermittelt. Er soll bei Demos gegen Neonazis am 19. Februar in Dresden zu Gewalt aufgerufen haben. König weist das zurück. Für Aufregung sorgte indes, dass auch gegen Königs Tochter Katharina, Linke-Abgeordnete im Thüringer Landtag, Vorermittlungen wegen Landfriedensbruchs laufen - dies ging aus einem Schreiben des Amtsgerichts Dresden hervor (Morgenpost berichtete). Die Staatsanwaltschaft Dresden hat Ermittlungen nun dementiert. „Das war ein Fehler des Gerichts“, so Staatsanwalt Jan Hille.

Am Dienstag gibt es auf Linke-Antrag eine Sondersitzung des Rechtsausschusses - Martens will Rede und Antwort stehen. (mor)

Sachsen-Thüringen

## Razzia sorgt weiter für Missstimmung

Dresden (DNN). Die Razzia von Dresdener Ermittlern beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König sorgt weiter für Verwerfungen zwischen den Ländern Sachsen und Thüringen. Nachdem der Thüringer Vize-Ministerpräsident Christoph Matschie sowie Justizminister Holger Poppenhäger (beide SPD) ihr Unverständnis über das mit ihnen un-abgestimmte Vorgehen erklärt hatten, ging Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) gestern die Thüringer Kollegen an. Der Vorwurf mangelnder Unterrichtung sei „unzutreffend“, sagte Martens in Dresden, die Information der Thüringer Behörden sei vielmehr „frühzeitig und umfassend“ erfolgt.

Dem Geistlichen wird „aufwieglischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er am 19. Februar an Demos gegen Neonazis teilgenommen hatte. Er soll per Lautsprecher Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Geistliche weist dies zurück. Poppenhäger hatte daraufhin dringend ein klärendes Gespräch angemahnt. Begründung: Ein Abkommen beider Länder schreibe für grenzüberschreitende Einsätze die rechtzeitige Abstimmung vor. Auch hätte die Durchsuchung durch Thüringer Polizisten erfolgen können.

Laut sächsischem Innenministerium wurde aber der Thüringer Staatsschutz bereits am 7. Juli über eine solche Durchsuchung in Jena informiert. Und auch rund einen Monat später, am Tag der Razzia, sei das Lagezentrum der Jenenser Polizei kurz zuvor in Kenntnis gesetzt worden.

Trotz dieser Klarstellungen gelang es Martens gestern nicht, die Serie von Ungereimtheiten beim Vorgehen „seiner“ Dresdner Staatsanwälte auszuräumen. So hatten sie dem Geistlichen erst vorgeworfen, er sei Mitglied einer linken Kampfsportgruppe. Ein kurzer Blick ins Internet aber hätte bereits genügt, um Zweifel aufkommen zu lassen. König ist 57 und sichtlich ungeeignet für Kampfsportarten aller Art. Die neuen Vorwürfe der überaus eifrigen Ermittler stützen sich nun auf ein bisher unbekanntes Video, das aber ein halbes Jahr nach der Demo aufgetaucht ist. Dubios wird die Razzia zudem, weil sie rund eine Woche nach einem justizkritischen Artikel im Nachrichtenmagazin Spiegel stattfand – mit König als Kronzeugen. *Jürgen Kochinke*

## Verdacht gegen Pfarrer wackelt

Polizeiaktion in Thüringen

wormblich überzogen  
DRESDEN – Der sächsische Polizeieinsatz gegen einen Jugendpfarrer in Thüringen steht offenbar auf tönernen Füßen. Am 10. August war ein Spezialeinheit aus Dresden in die Diensträume des Pfarrers in Jena eingedrungen und hatte bei einer Durchsuchung umfangreiches Material beschlagnahmt. Hintergrund war seine Teilnahme an einer Antinazi-Demonstration im Februar in Dresden, an deren Rand es zu Ausschreitungen kam. Dem Pfarrer wird unter anderem Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. „Bisher hat sich dieser Verdacht nicht erhärtet“, erklärte gestern Jan Hille, ein Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft. Aus Justizkreisen verlautet, dass eine Einstellung dieses Verfahrens nicht mehr ausgeschlossen werde. König wird zudem schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen, weil er zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben soll. König bestreitet dies.

Vorwürfe aus Thüringen, dass offizielle Stellen nicht ausreichend über den Einsatz der Sachsen in Jena informiert worden seien, wies Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) zurück. Auf Arbeitsebene der Ermittler habe es Kontakte gegeben, so das Innenministerium. (uk)

Morgenpost 17.08.2011

Bild Dresden 17.08.2011

**Wie's aussieht ...**  
Von Gerhard Jakob

Das Thema 19. Februar und der Umgang der Justiz damit wird uns wohl noch eine Weile beschäftigen. Seit gestern gibt es ein neues Kapitel der Reihe der Ungereimtheiten.

Wie war das noch mal mit der Information der Thüringer Behörden? Die dortigen Landesstellen haben fünf Tage lang unwidersprochen beteuert, über die Aktion der Sachsen nicht informiert worden zu sein. Selbst der Justizminister der Nachbarn zeigte sich „irritiert“ - was in der Diplomatsprache nichts anderes heißt, als: Das war 'ne Sauerei.

Jetzt also haben die Sachsen ihre Version nachgereicht. Bleibt die Frage: Wieso brauchte das so lange? Wusste da eine Hand nicht, was die andere tat? Professionell sieht anders aus.

Und wie war das noch mal mit der Tochter des „gerazzelten“ Jugendpfarrers? Vorermittlungen wären auch gegen sie eingeleitet worden, wurde der Abgeordnete des Thüringer Landtags eröffnet. Gestern räumte die Dresdner Staatsanwaltschaft einen Fehler ein und schwärzte das Gericht an. Kollegial sieht anders aus.

Mal sehen, was die kommende Sondersitzung im Landtag ans Tageslicht bringt. Schon lässt sich sagen: Die Affäre sieht nicht gut aus.

Bericht Seite 10

**Linke machen sich wieder wichtig**

Dresden - Gerade erst verweigerten Mitglieder der Linken Mauerobern die letzte Ehre. Jetzt machen sie sich im Sächsischen Landtag wichtig. Auf ihren Antrag hin soll der Rechtsausschuss am Dienstag wegen einer Razzia bei einem Pfarrer tagen. Ohne Ermittlungen abzuwarten, sprechen die Linken von „unverhältnismäßigem Vorgehen“. CDU und FDP weisen das zurück.

## Nazi-Aufmarsch in Freital hat ein Nachspiel

SZ 17.8.2011 Ausgabe Freital Von Matthias Weigel

*Am 19. Februar nutzten Hunderte Rechte die Stadt als Sammelpunkt. Polizei und OB Mättig müssen sich nun dafür erklären.*

Die Spontandemo der Nazis in Freital am Rande des Dresdners Aufmarsches am 19. Februar beschäftigt nun auch den Sächsische Politik. Die Grünen-Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen will mit einer kleinen Anfrage die Vorkommnisse aufgeklärt wissen.

Die Rechten nutzten an jenem 19. Februar 2011 für 15 Reisebusse und mehr den „Platz des Friedens“ in Freital als Parkplatz. Offenbar, weil kein anderes Durchkommen in die Landeshauptstadt mehr möglich war. Gegendemonstranten hatten Zufahrtswege nach Dresden blockiert oder Busse attackiert.

Von Freital aus zog der braune und teilweise vermummte Mob – angeblich 500 bis 1000 Personen – Richtung Dresden. Nach Augenzeugenberichten blockierten sie mehrfach die Dresdner Straße, brüllten Hetz-Parolen, schwenkten Transparente und rückten lautstark in Formationen über den Plauenschen Grund oder die Coschützer Straße in die Stadtteile Südvorstadt, Löbtau und Plauen ab. Autofahrern und Passanten blieb nur die Flucht.

Berichten im Internet zufolge gab es Zusammenstöße mit Autonomen am Hohen Stein. In Dresden Löbtau wurde ein alternatives Wohnprojekt von rechten Steinewerfern, offenbar aus jener Freitaler Gruppe, attackiert. In Plauen kam es später zu teilweise chaotischen Szenen zwischen den – wohl auch von Freital aus – anmarschierten Rechten, der Polizei und gewaltbereiten Linken.

Wurde auch in Freital abgehört?

Jähnigen will Näheres zu den Umständen des Marsches wissen. So, ob er eine Spontandemo gewesen sei, ob dort gegen das Versammlungsrecht oder andere Gesetze verstoßen worden sei – und welche Maßnahmen und Verfahren die Polizei bzw. Behörden eingeleitet haben. Außerdem von Interesse: Wann und ob die Behörden wussten, dass Freital ein Dreh- und Angelpunkt der Rechten wurde und wann die zuständige Freitaler Stadtverwaltung, hier speziell OB Klaus Mättig (CDU), informiert und damit zum Handeln aufgefordert worden ist. Auch will Jähnigen wissen, ob im Zusammenhang mit den Aktivitäten in Freital Handy-Funkzellen abgehört worden seien.

Die Sache birgt einige Brisanz in sich. Die in Dresden – von Polizei und Staatsanwaltschaft mittlerweile eingeräumte – massenhafte Abfrage und wohl auch Auswertung von Handydaten im Zuge der Nazi-Demos, friedlichen Gegendemos und gewaltsamen Proteste sorgt für heftige Debatten in der Landespolitik. Innenminister Markus Ulbig (CDU) steht unter massivem Druck. Dresdens Polizeipräsident musste bereits seinen Stuhl räumen. Sollte sich die Handylauscherei jetzt auch in Freital bestätigen, würde das für neuen Zündstoff und wohl auch härtere Konsequenzen sorgen.

Aber auch für Freital selbst ist die Sache nicht ohne. Immerhin hatte die SZ schon am 21. Februar über den plötzlichen Aufmarsch in Freital und die völlig überforderte Polizei berichtet. Den wenigen Beamten vor Ort freilich war kein Vorwurf zu machen – sie sicherten nur, was zu sichern war. Allerdings hätte ein größeres Aufgebot vielleicht Schlimmeres in Dresden verhindern können – dafür aber Schaden in Freital angerichtet? Mättig habe den ganzen Tag über bis Mitternacht mit der Polizei in Verbindung gestanden, sagte er der SZ damals. Eine Vorwarnung habe es nicht gegeben. Auch keine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen.

Die Freitaler Polizei verteidigte ihr Vorgehen, verwies auf eine De-Eskalations-Strategie und die zahlenmäßige Unterlegenheit der Beamten. Auch sei es kaum durchzusetzen, dass Teilnehmer einer genehmigten Demonstration öffentliche Parkplätze im Umfeld mieden oder jeweils einzeln anreisten, hieß es. Vereinzelt habe die Polizei aber Personalien festgestellt. Auch wurden einzelne Straftaten untersucht. Am Abend reichte es dann aber zu einer Verstärkung der Beamten, um die abreisenden Nazi-Busse zur Autobahn zu eskortieren.

Plastersteine auf zwei Busse

Im Übrigen gab es über die von Jähnigen thematisierten Fakten hinaus auch noch andere Umstände dieses Tages: So sollen auch Busse Linker in Freital geparkt haben und Fahrgäste kollektiv nach Dresden gepilgert sein. Fakt ist auch: Rund zehn schwarz gekleidete Autonome griffen mit Steinen zwei Busse der Nazis in Birkigt an. Die Fahrer saßen da noch am Steuer. Die Ermittlungen laufen.

In dem Zusammenhang gab es bereits zwei Großrazzien – in Wohnungen in ganz Sachsen und in einem Gebäude der Dresdner Linkspartei. Von hier sollen Angriffe auf Rechte gezielt koordiniert worden sein. Auch dieser Vorfall beschäftigt längst die Justiz – und die sächsische Politik.

SZ 17.08.2011

## Sachsen weist nach Razzia Vorwürfe Thüringer Politiker zurück

Dresden. Die Thüringer Polizei ist entgegen anderslautender Berichte frühzeitig über die Razzia ihrer sächsischen Kollegen bei einem Jenaer Pfarrer informiert worden. Bereits am 7. Juli seien Beamte der Dresdner Sonderkommission nach Thüringen zu einer Vorbesprechung gefahren, sagte Lothar Hofner, Sprecher des sächsischen Innenministeriums. Damals sei der

Termin der Durchsuchung zwar noch nicht bekannt gewesen. Es habe jedoch noch einmal Anfang August telefonische Gespräche gegeben. Am Tag der Razzia, dem 10. August, sei das Lagezentrum der Thüringer Polizei dann fast zwei Stunden vorher über die Aktion in Kenntnis gesetzt worden, sagte Hofner. Dieses Verfahren sei üblich und vertraglich geregelt. Thüringer

SPD-Politiker hatten kritisiert, dass sächsische Polizisten in Thüringen ermittelt hätten – angeblich auf eigene Faust. Die Ermittler hatten dabei die Wohnräume des Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Gegen ihn wird wegen besonders schweren Landfriedensbruchs ermittelt.

Justizminister Jürgen Martens (FDP) wies den Vorwurf zurück, die

Strafverfolgungsbehörden kriminalisierten Bürger, die sich gegen Rechtsextremismus engagierten. Die Staatsanwaltschaft wolle lediglich schwere Straftaten aufklären. „Ich lege Wert darauf, dass die Justiz ohne Einflussnahme ihre Arbeit machen kann.“ Es sei daher nicht Aufgabe von Parlamentsausschüssen, über einzelne Ermittlungshandlungen zu richten. (SZ/lot)